



Kantonsratsbeschluss

betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt «KS 381, Schönenfurt–Warthstrasse (Denkmal Morgarten), Gemeinde Oberägeri»

Bericht und Antrag der Kommission für Tiefbau und Gewässer
vom 25. Juni 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die kantonsrätliche Kommission für Tiefbau und Gewässer hat die Vorlagen des Regierungsrats vom 23. März 2021 (Vorlagen Nrn. 3218.1/2 - Laufnummern 16552/16553) im Rahmen einer ganztägigen Sitzung am 25. Juni 2021 beraten. Regierungsrat Florian Weber vertrat das Geschäft aus der Sicht der Regierung. Er wurde von Kantonsingenieur Urs Lehmann, Martin Gätzi, stv. Abteilungsleiter Strassenbau beim Tiefbauamt, sowie Sarah Kehl, iur. Mitarbeiterin bei der Baudirektion, unterstützt. Christa Hegglin Etter führte das Protokoll.

Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung und Schlussabstimmung
4. Antrag

1. Ausgangslage

Es liegen mit den Vorlagen Nrn. 3218.1/2 - 16552/16553 seitens des Regierungsrats ein ausführlicher Bericht sowie ein Antrag vor. Die Ausgangslage ist dort bereits dargelegt, weshalb sich eine Wiedergabe in diesem Bericht erübrigt.

2. Eintretensdebatte

Zu Beginn orientierten Baudirektor Florian Weber, Kantonsingenieur Urs Lehmann sowie Martin Gätzi, stv. Abteilungsleiter Strassenbau beim Tiefbauamt, über die Vorlagen. Martin Gätzi stellte die Vorlagen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Damit haben sich die Kommissionsmitglieder einen Überblick über das Projekt verschaffen können. Im Rahmen der Eintretensdebatte standen die nachfolgenden Themen im Zentrum.

a) Wasserbau

Beim Schönenfurtbach besteht kein Renaturierungsbedarf. Der Bach befindet sich auf einem Privatgrundstück. Das Amt für Wald und Wild, bei dem die Fischerei angegliedert ist, hat zum geplanten Strassenbauprojekt keine Auflagen gemacht – auch nicht zur Fischgängigkeit oder einer allfälligen Amphibienquerung. Sollte der Schönenfurtbach zu einem späteren Zeitpunkt renaturiert werden, müsste die Situation neu beurteilt werden.

Beim Haslerenbach sind innerhalb des Projektperimeters keine Massnahmen zum Hochwasserschutz geplant. Im Bereich, in dem der Merzenbach und der Haslerenbach zusammenfliessen, ist ein Geschiebesammler für den Hochwasserschutz vorgesehen. Das ist allerdings ein

separates Projekt des kantonalen Tiefbauamts, welches in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Oberägeri erfolgt.

b) Kosten und Finanzierung

Ein Kommissionsmitglied machte darauf aufmerksam, dass die Regiearbeiten, Baustelleneinrichtung inklusive Provisorien und Unvorhergesehenes zusammen 20 Prozent ausmachen, von denen unklar sei, ob sie gebraucht werden oder nicht. Die Baudirektion erklärte, dass es Kosten gebe, die weder zum Unvorhergesehenen noch zu den Regiearbeiten dazugerechnet werden, sondern eine separat auszuweisende Position bilden. Zu diesen Kosten gehören etwa die Baustelleninstallationen oder Kosten für die Erstellung von Konstruktionen zur Sicherstellung des Verkehrsflusses. Zudem müssen für die Ausführung der Betonkonstruktionen Provisorien erstellt werden. In diesem Fall erfolgt dies u. a. mittels Schlagen von Spundwänden, damit das Wasser bei den Arbeiten am Seeufer nicht in die Baustelle hineinfliesst. Diese Kosten für die Baustelleninstallationen sind als separate Position ausgewiesen und werden ungefähr in dieser Grössenordnung beansprucht.

c) Filtersäcke

Ein Kommissionsmitglied störte sich daran, dass das gesamte Strassenabwasser direkt in den Ägerisee geleitet wird und fragte, warum nicht von Anfang an Filtersäcke eingebaut würden, wenn – gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats – deren Einbau im Nachgang technisch möglich sei. Die Baudirektion betonte, dass stets zweckmässige und gute Projekte ausgearbeitet würden, die sämtlichen gesetzlichen Vorgaben, beispielsweise zum Gewässerschutz, genügten – so auch im vorliegenden Strassenbauprojekt.

Der Einbau von Filtersäcken wurde unter den Kommissionsmitgliedern eingehend diskutiert. Nachdem sich die Diskussion zunächst auf den Einbau von Filtersäcken auf dem betreffenden Strassenabschnitt beschränkte, waren sich die Kommissionsmitglieder zunehmend einig, dass der Einbau von Filtersäcken nur sinnvoll ist, wenn diese auf der gesamten Strasse entlang dem Ägerisee eingebaut würden. Der Kommissionspräsident machte darauf aufmerksam, dass die Schächte auch im Nachhinein noch mit Filtersäcken nachgerüstet werden könnten. Wenn nach und nach die ganze Strecke um den Ägerisee saniert werde, könnten nach Wunsch sämtliche Schächte mit Filtersäcken ausgerüstet werden. In Bezug auf die Möglichkeit, bestehende Schächte nachzurüsten, wurde angemerkt, dass die Kommission einen Grundsatzentscheid darüber fällen muss, ob künftig alle Schächte mit Filtersäcken ausgerüstet werden sollen oder nicht. Im Laufe der Diskussion thematisierte die Kommission sodann den Einbau von Filtersäcken entlang des Zugersees. Ein Kommissionsmitglied zeigte sich ferner davon überzeugt, dass an jenen Stellen, an denen das Wasser in die Bäche geleitet werde, deren Verschmutzung gravierender sei als in den Seen, in denen das Wasser stark verdünnt werde. Das Problem entstehe an den kleinen Bächen, die relativ stark belastetes Wasser aufzunehmen hätten. Wenn bereits über flächendeckend eingesetzte Filtersäcke nachgedacht werde, sei das ganze Kantonsstrassennetz anzuschauen und zu überlegen, wo es sich lohnt, das Wasser zu sammeln und zu reinigen. Das Kommissionsmitglied machte beliebt, diese Situation – unabhängig von anstehenden Sanierungen – durch die Baudirektion aufzeigen und rechnen zu lassen.

Die Kommission erkundigte sich insbesondere auch nach den finanziellen Folgen, die der Einbau von Filtersäcken grundsätzlich mit sich bringen würde. Es sei wichtig, die Kosten für die Anschaffung und den Unterhalt solcher Filtersäcke zu kennen, im Speziellen auch die finanziellen Auswirkungen auf das vorliegend zu beratende Strassenbauprojekt.

Die Baudirektion erklärte, dass für das geplante Strassenbauprojekt der Einbau eines einzelnen Filtersacks 2500 Franken mehr pro Schacht koste, da auch am Schacht selbst Anpassungen vorgenommen werden müssten. Je nach Belastung seien die Filtersäcke alle zwei bis drei Jahre zu ersetzen. Die jährliche Reinigung koste pro Filtersack rund 120 Franken. Ferner wies die Baudirektion darauf hin, dass Schächte mit Filtersäcken nicht dieselbe Durchlässigkeit aufweisen würden wie jene ohne Filtersäcke. Folglich würden mehr Schächte benötigt, damit die Wassermassen gut abfliessen könnten. Für den geplanten Strassenabschnitt würden für die rund zwanzig vorgesehenen Einlaufschächte zusätzliche Investitionskosten in der Höhe von etwa 50 000 Franken anfallen. Gemäss Angaben der Baudirektion weist der geplante Strassenabschnitt eine Länge von 550 m auf. Das gesamte Kantonsstrassennetz beträgt allerdings 130 km. Bei einer Entscheidung, überall Filtersäcke einzusetzen, müssten die Kostenfolgen klar aufgezeigt werden. Müssen sämtliche Schächte auf einer Länge von 130 km jährlich für 120 Franken gereinigt werden, ergeben sich schnell Unterhaltskosten in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken.

Der Baudirektor wies ausdrücklich darauf hin, dass der Einbau von Filtersäcken weitreichende Konsequenzen und grosse Auswirkungen sowohl auf das gesamte Kantonsstrassennetz als auch auf den Strassenunterhaltsdienst habe. Dies müsse sich die Kommission bewusst sein. Dem fügte der Kommissionspräsident hinzu, die Kommission könne auch entscheiden, dass Strassenprojekte künftig so ausgestaltet werden sollen, dass die Schächte mit Filtersäcken nachgerüstet werden könnten. An Orten, an denen es die Filtersäcke nicht braucht, würden folglich noch keine montiert.

Der Abklärungsauftrag eines Kommissionsmitglieds, wonach die Baudirektion abklären soll, was der Einbau von Filtersäcken im geplanten Strassenabschnitt und hochgerechnet auf alle Abschnitte entlang des Ägerisees finanziell bedeuten würde, wurde zurückgezogen. Die Realisierung des geplanten Strassenbauprojekts soll durch die Abklärungen nicht gefährdet werden.

Ein Kommissionsmitglied stellte einen Eventualantrag für den Fall, dass der Abklärungsauftrag betreffend Ägerisee angenommen werde. Es wurde beantragt, die Kosten für den Einbau von Filtersäcken auch für die Strasse entlang des Zugersees auszuweisen.

Einige Kommissionsmitglieder schlugen vor, die Thematik betreffend den Einbau von Filtersäcken mittels Motion oder Interpellation – gegebenenfalls mittels Kommissionsvorstoss – im Grundsatz zu diskutieren und herauszufinden, ob überhaupt über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgegangen werden soll oder nicht. Die Kommissionsmitglieder wollen auch die Haltung des Regierungsrats in Erfahrung bringen. Da nicht bloss die Strassen entlang des Ägeri- und des Zugersees, sondern auch jene entlang der Lorze oder dem Wilersee betroffen seien, bedürfe es einer ganzheitlichen Betrachtung.

Der Baudirektor bot an, dass die Baudirektion zur besseren Übersicht eine Auslegeordnung macht, die der Kommission als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen dienen kann. Dabei sollen entsprechende Abklärungen vorgenommen und die finanziellen Auswirkungen, insbesondere die Investitions- und Betriebskosten im Zusammenhang mit dem Einbau von Filtersäcken auf dem gesamten Kantonsstrassennetz, aufgezeigt werden. Das Aufzeigen der Kosten ist auch aus Sicht des Baudirektors notwendig. Gestützt darauf könne die Kommission über einen allfälligen Vorstoss aus der Kommission heraus entscheiden.

d) *Schutzinsel*

Ein Kommissionsmitglied sah im Zusammenhang mit der Schutzinsel gegenüber dem Parkplatz des Restaurants «Buechwäldli» ein Problem, wenn ein Lastwagen ein- oder ausfahren muss.

Die Baudirektion legte dar, dass die Schleppkurven jeweils abgeklärt worden seien. Schutzinseln sind zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben, doch gibt es Normen zu Übergängen für Zufussgehende. Insbesondere im Bereich von Bushaltestellen wird bei grosszügigen Platzverhältnissen eine Schutzinsel erstellt. Vorliegend ist ausreichend Platz vorhanden, weshalb eine Schutzinsel projektiert wurde. Zudem kann damit die Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr erhöht werden. Zur Benützung des Busses würden nämlich viele Zufussgehende an dieser Stelle die Strasse queren. Ein Kommissionsmitglied stellte den Antrag, die Schutzinsel im Bereich der Bushaltestelle «Morgarten Denkmal» zu streichen.

e) Strassenführung

Von Oberägeri herkommend wird die Bushaltestelle «Morgarten Denkmal» leicht versetzt (auf dem Plan zum Bericht und Antrag des Regierungsrats rot gestrichelt). Die Strasse rückt im Bereich der Stützmauer etwas seeseitig, wodurch es zu einer minim veränderten Strassenführung kommt. Es bleibt aber eine klare und saubere Strassenführung, die den Normen entspricht; eine S-Kurve entsteht nicht.

f) Ökologische Aufwertung

Ein Kommissionsmitglied erkundigte sich, ob der 50 cm breite Trennstreifen zwischen der Strasse und dem Fuss-/Radweg zwecks ökologischer Aufwertung begrünt werden könnte. Die Baudirektion erklärte, dass 50 cm eine zu schmale Fläche sei, um sie zu begrünen. Der 10 cm breite Abschlussstein sei ebenfalls Bestandteil des Trennstreifens. Unter der Oberfläche reiche der Beton 15 cm in die Fläche hinein, da die Randsteine einbetoniert seien. Auch auf der Seite des Fuss-/Radwegs würde sich unter der Oberfläche eine weitere, bis in den Trennstreifen hineinreichende Belagsschicht befinden. Für eine Begrünung verbliebe damit noch etwa 20 bis 25 cm, was nicht ausreiche. Ferner sei auch aus unterhaltstechnischer Sicht ein gepflasterter Trennstreifen zweckmässiger als ein Kiesstreifen, der bei starken Regenfällen in die Strasse oder den Radweg gewaschen werden kann.

Nach Beantwortung der Fragen beschloss die Kommission mit 14 : 0 Stimmen ohne Enthaltung Eintreten auf die Vorlage Nr. 3218.2 - 16553 des Regierungsrats. *[Ein Kommissionsmitglied ist abwesend.]*

3. Detailberatung und Schlussabstimmung

In der Detailberatung kam es – neben einer Diskussion betreffend die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h auf 50 km/h sowie betreffend den Einbau von Filtersäcken – zu zwei Anträgen und einem Abklärungsaufrag, über welche die Kommission zu befinden hatte.

Ein Kommissionsmitglied wollte wissen, warum die Höchstgeschwindigkeit auf dem vorliegenden Strassenabschnitt von 60 km/h auf 50 km/h reduziert werde. Die Baudirektion erklärte, dass der Grund hauptsächlich im Lärmschutz liege. Der Strassenabschnitt befinde sich innerhalb des Siedlungsgebiets. Die Lärmschutz-Verordnung schreibt vor, den Lärm an der Quelle zu reduzieren. Der Einbau eines lärmmindernden Belags reiche vorliegend aber nicht aus, weshalb die Reduktion der Höchstgeschwindigkeit der nächste Schritt sei. Da das Festhalten an der Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h eine wesentliche Änderung des Projekts bedeuten würde, müsste das Projekt erneut öffentlich aufgelegt werden. Nach diesen Ausführungen zog das Kommissionsmitglied den Antrag, an der Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h festzuhalten, zurück.

Ein Kommissionsmitglied stellte den Antrag, der gepflästerte Trennstreifen soll durch einen Grünstreifen ersetzt werden. Dies sei auch günstiger.

Die Kommission lehnte den Antrag für einen Grünstreifen anstelle des gepflästerten Trennstreifens mit 8 : 6 Stimmen und ohne Enthaltung ab. *[Ein Kommissionsmitglied ist abwesend.]*

Ein Kommissionsmitglied stellte den Antrag, der Durchlass für den Schönenfurbach soll auch saniert werden. Damit sei gewährleistet, dass der Bach oberhalb revitalisiert werden könne. Die Baudirektion fügte an, dass die Anpassung des Profils für den Bachdurchlass rund 100 000 Franken mehr kosten werde. Anstelle eines runden wäre es ein rechteckiges Profil.

Die Kommission lehnte den Antrag zum veränderten Profil des Durchlasses für den Schönenfurbach (zusätzlich 100 000 Franken) mit 10 : 4 Stimmen und ohne Enthaltung ab. *[Ein Kommissionsmitglied ist abwesend.]*

Zum Thema Filtersäcke wiederholte der Baudirektor seinen Vorschlag, durch die Baudirektion entsprechende Abklärungen machen zu lassen und der Kommission eine Auslegeordnung zu unterbreiten. Anschliessend könne die Kommission eine Grundsatzentscheid fällen. Einen definitiven Entscheid werde der Kantonsrat fällen müssen. Die Abklärungen könnten im Rahmen der nächsten Kommissionssitzung traktandiert werden.

Ein Kommissionsmitglied wollte von der Baudirektion wissen, ob die Froschwanderung in diesem Strassenabschnitt untersucht worden sei und wie die Situation beurteilt werde. Es wurde ein entsprechender Abklärungsantrag gestellt. Die Baudirektion verwies auf die durchgeführte Vernehmlassung bei den zuständigen Fachstellen, die diesbezüglich keine Auflagen gemacht haben.

Die Kommission lehnte den Abklärungsauftrag mit 9 : 4 Stimmen und einer Enthaltung ab. *[Ein Kommissionsmitglied ist abwesend.]*

Schlussabstimmung

In der Folge stimmte die Kommission für Tiefbau und Gewässer in der Schlussabstimmung der Vorlage Nr. 3218.2 - 16553 mit 15 : 0 Stimmen und ohne Enthaltung zu.

4. Antrag

Wir beantragen Ihnen, auf die Vorlage Nr. 3218.2 - 16553 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Cham, 25. Juni 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der Kommission für Tiefbau und Gewässer

Der Präsident: Rainer Suter